

Niederschrift Nr.10

über die **öffentliche** Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider am Donnerstag, 26. März 2015,
in Struve´s Gasthof, Mittelstr. 2 in Delve

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 23:00 Uhr

Anwesend sind:

Herr Helmut Meyer als Vorsitzender
Herr Klaus-Dieter Holm (bis 21.15 Uhr)
Herr Uwe Harbeck
Herr Jörg Patt
Herr Dieter Noroschadt
Herr Thorsten Eggers
Herr Hans-Peter Maaß
Frau Gabriele Beetz
Frau Ursula Rink
Frau Helmi Rau
Herr Werner Oetjens
Herr Herbert Voss
Herr Jens Peters
Frau Birgit Meier
Herr Kurt Kring
Herr Rolf Thiede
Herr Volker Lorenzen
Frau Marie-Luise Witt
Herr Norbert Arens
Herr Jens Uwe Franck
Herr Hans-Peter Witt
Herr Jens Peter Wiborg
Herr Ronald Petersen
Herr Ernst Schnepel
Herr Tjark Schütt (ab 19.30 Uhr)
Frau Susanne Böttger stellv. für Heino Grimm
Herr Hans Hermann de Freese
Frau Karin Wrage
Herr Dieter Grimm (bis 21.15 Uhr)
Herr Jens Lahrsen
Herr Jörn Walter
Herr Peter Tödter stellv. für Peter Ahrens
Frau Anne Riecke
Herr Jochen Block
Herr Manfred Lindemann
Herrn Dieter Kurzke
Frau Elke Jasper

Entschuldigt fehlen:

Herr Peter Ahrens
Herr Norbert Rohwedder

Herr Peter Scheldorf
Frau Daniela Donarski
Herr Heino Grimm

Als Gäste anwesend:

12 Einwohner/innen
Herr Carstens von der GGS Tellingstedt

Von der Verwaltung:

Herr Fred Johannsen, Leitender Verwaltungsbeamter
Frau Petra Tautorat, Geschäftsbereichsleiterin
Frau Sünje Jasper, Geschäftsbereichsleiterin
Herr Jens Kracht, Geschäftsbereichsleiter und Protokollführer

Die Beschlussfähigkeit der Versammlung wird festgestellt. Die Einladung ist frist – und formgerecht erfolgt. Einwände werden nicht erhoben.

Nach Eröffnung der Sitzung wird eine Schweigeminute zum Gedenken der Toten des Flugzeugabsturzes abgehalten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Vorsitzende, diese um den Tagesordnungspunkt

9. Personalangelegenheiten
zu erweitern. Der Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Gleichzeitig beantragt er, die Öffentlichkeit für die Tagesordnungspunkte

8. Grundstücksangelegenheiten

8.1. Zustimmung zum Kaufvertrag Am Gehölz 11, Lunden

8.2. Veräußerung des Gebäudes Nordbahnhofstr. 7, Lunden (Amtsgebäude) und

9. Personalangelegenheiten

auszuschließen, weil berechtigte Einzelinteressen berührt werden. Das Wort zum Antrag wird nicht gewünscht. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

1. Einwohnerfragestunde
2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 vom 23.02.2015
3. Mitteilungen
 - a) des Amtsvorstehers
 - b) der Ausschussvorsitzenden
 - c) des leitenden Verwaltungsbeamten
4. Zukünftige Verfahrensweise für öffentliche Bekanntmachungen
5. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit mittelfristiger Finanzplanung für die Finanzplanjahre 2014 bis 2018
6. Erteilung der Ermächtigung des Amtsvorstehers zur Auftragserteilung an die wirtschaftlichen Bieter gemäß Ausschreibungsergebnis für die Erweiterung des Amtsgebäudes in Hennstedt
7. Eingaben und Anfragen

nicht öffentlich

8. Grundstücksangelegenheiten
- 8.1. Zustimmung zum Kaufvertrag Am Gehölz 11, Lunden
- 8.2. Veräußerung des Gebäudes Nordbahnhofstr. 7, Lunden (Amtsgebäude)
9. Personalangelegenheiten

TOP 1. Einwohnerfragestunde

Es sind 12 Einwohnerinnen und Einwohner anwesend.

Zwei Einwohner sprechen die aktuelle Situation in der Schullandschaft auf Amtsebene an und fragen sich und den Amtsausschuss, wie es mit den Schulen, insbesondere mit der Eiderlandschule weitergehen soll. Die jetzt bekannt gewordenen Schülerzahlen für die Eiderlandschule lassen nichts Gutes vermuten. Außerdem sind die zugesagten Investitionen am Schulstandort Lunden noch nicht durchgeführt worden. Es wird offen die Frage gestellt, was der Schulträger machen möchte, um den Abwärtstrend in dieser Angelegenheit zu stoppen.

Der Amtsvorsteher gibt entsprechende Erläuterungen zu dieser Angelegenheit. Die Anmeldezahlen und die Schülerentwicklung sind erschreckend. Für Lunden und Lehe gibt es noch kein Konzept. Seitens der Schule muss jetzt das pädagogische Konzept der neuen Situation angepasst werden. Am 25.03.2015 war die Bildungsministerin in der Lundener Schule zu Besuch. Die neue 5. Klasse ist mit geplanten 13 Schülern nicht beschulbar. Am 22.04.2015 findet aufgrund der aktuellen Situation ein Elternabend statt. Der Schulausschussvorsitzende gibt ergänzende Erläuterungen. Es wird auf jeden Fall keine zusätzlichen Lehrerstunden für den ländlichen Raum geben. Ab dem 01.08.2015 sollen in den Schulen Schulassistenten eingesetzt werden. Die Anstellungsträgerschaft ist jedoch noch nicht geklärt. Seitens anwesender Eltern wird bemängelt, dass die Schulleitung nun ein Konzept erstellen muss. Es besteht seitens des Schulträgers keine Möglichkeit, der Schulleitung Weisungen zu erteilen. Die Lehrerschaft ist Personal des Landes.

Eine Einwohnerin bemängelt, dass nicht endlich am Schulstandort Lunden die zugesagten Baumaßnahmen durchgeführt werden, auch im Hinblick auf eine eventuelle Konzentration der Grundschule in Lunden.

Ein Einwohner fragt, ob der Gesamtstandort Hennstedt/Lunden/Lehe gefährdet ist. Der Amtsvorsteher verneint dies und verweist auf die aktuell steigenden Schülerzahlen in Hennstedt.

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift Nr. 9 vom 23.02.2015

In die letzte Niederschrift hat sich ein Schreibfehler eingeschlichen. Unter TOP 1 Abs. 2 wurde versehentlich das Wort „Kritikaufnahme“ aufgenommen. Richtig lautet das Wort „Kreditaufnahme“. Dieses wird jetzt in der Originalniederschrift entsprechend geändert.

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 9 über die Sitzung des Amtsausschusses vom 23.02.2015 wird mit der oben genannten Änderung genehmigt.

Stimmenverhältnis:

33 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen.

TOP 3. Mitteilungen

a) des Amtsvorstehers

b) der Ausschussvorsitzenden

c) des leitenden Verwaltungsbeamten

Der Amtsvorsteher teilt Folgendes mit:

- Aktuelle Informationen aus dem Gespräch mit der Bildungsministerin in Lunden (u. a. Schülerabwerbung aufgrund der freien Schulwahl, Entwicklung der Schülerzahlen, Schulkostenbeiträge)
- Informationen zu einer Tagung in Sachen Demografie in Meldorf am 25.03.2015. Zu diesem Thema wird am 01.06.2015 eine Regionalkonferenz im Amt Eider stattfinden
- Aktuelle Informationen zur geplanten Deponie in Schalkholz. Die beschlossenen Beratungskosten müssen noch einmal neu verteilt werden. Aus rechtlichen Gründen darf sich der Wasserverband Norderdithmarschen hier nicht beteiligen.

Für den Tourismusausschuss teilt Dieter Noroschadt mit:

- Im September 2014 wurden die Gemeinden schriftlich aufgefordert, Projekte für eine mögliche Förderung durch die ITE-Dithmarschen anzumelden. Bis heute hat es keine Anmeldungen gegeben. In der Arbeitsgruppe wurden Möglichkeiten für Maßnahmen ausgelotet. Es wurde jetzt ein Projekt zur Förderung angemeldet. Es handelt sich hierbei um einen „Roten Faden“. Hier geht es um eine Untersuchung der touristischen Möglichkeiten im Amtsgebiet. Vom Amtsausschuss muss dieses wissenschaftliche Begleitprogramm getragen werden. Es kostet dem Amt aber auch nichts. Es werden seitens des Amtsausschusses keine Einwände erhoben. Dem Vorschlag wird wohlwollend zugestimmt.

Für den Schulausschuss teilt Jörg Patt mit:

- Es hat diverse Zusammenkünfte mit den Schulleitungen aller Schulen im Amtsgebiet gegeben. Hierbei wurden verschiedene Schwerpunktthemen angesprochen (z. B. Schulsozialarbeit, Nachlese der Bürgerarbeit etc.).
- Kurze Vorausschau auf die nächste Schulausschusssitzung am 20.04.2015, die gemeinsam mit dem Haupt- und Finanzausschuss durchgeführt wird.

Für den Bauausschuss teilt Peter Maaß mit:

- Es hat ein Gespräch mit Herrn Sobania in Sachen Brandschutz für die Liegenschaften Schule Tellingstedt, Sportlertreff Tellingstedt sowie Grundschule Lehe stattgefunden. Der schriftliche Bescheid über dieses Treffen steht aber noch aus.
- Informationen über durchgeführte Instandsetzungsarbeiten an den Schulen im Amtsbezirk.
- Aktuelle Informationen zur Ausschreibung des Anbaus am Verwaltungsgebäude in Hennstedt.

Für den Haupt- und Finanzausschuss teilt Volker Lorenzen mit:

- Am 16.03.2015 hat die letzte Sitzung mit dem Schwerpunkt Haushalt 2015 stattgefunden. Mehr zu diesem Thema unter TOP 5.
- Bericht aus der Beiratssitzung des IT-Verbundes Schleswig-Holstein am 13.03.2015 in Altenholz. Dataport bietet bald eigene Datenleitungen an. Hier gibt es finanzielle Unterschiede zur Nutzung der Landesnetzleitungen. Außerdem wird zur zentralen Behördenrufnummer 115 Stellung genommen. Informationen über die elektronische Aktenführung.

Der leitende Verwaltungsbeamte Fred Johannsen teilt mit:

- Informationen über die demografische Entwicklung im Land. Die Regionalkonferenz findet am 01.06.2015 im Amtsgebiet statt. Näheres folgt in Kürze. Dieter Noroschadt und Peter Tödter sagen ihre Unterstützung bei der Organisation der Veranstaltung zu.
- Mehrere Stellen der Schiedspersonen sind zurzeit vakant. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mögen sich Gedanken machen, wen man für ein solches Ehrenamt gewinnen kann. Außerdem sollte noch einmal über die Gewährung einer Aufwandsentschädigung für Schiedspersonen nachgedacht werden.
- Aktuelle Informationen über die ausgelaufenen Bürgerarbeitsplätze. Seitens des Jobcenters wird ab dem 01.06.2015 aber ein neues Förderprogramm zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen angeboten. Um die Gemeinden hier umfassend durch das Jobcenter informieren zu lassen, ist demnächst eine Informationsveranstaltung durch die Verwaltung zu organisieren.
- Informationen zu den „informellen Zusammenkünften“ auf Amtsebene, die sich kommunalverfassungsrechtlich in einer Grauzone befinden. Unter gewissen Voraussetzungen sind diese Veranstaltungen mit der Kommunalverfassung in Einklang zu bringen.
- Informationen zum Urteil in Sachen Aufhebung von Regionalplänen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Verwaltung ist mit Herrn Erk Ulich vom Kreis Dithmarschen in Kontakt getreten um einen Termin für ein Gespräch zu organisieren. Dieses soll am 08.04.2015 stattfinden und richtet sich an alle interessierten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

TOP 4. Zukünftige Verfahrensweise für öffentliche Bekanntmachungen

Die öffentlichen Bekanntmachungen des Amtes KLG Eider und der 34 amtsangehörigen Gemeinden werden aktuell über die Verlag + Druck Linus Wittich KG, 17209 Sietow, vorgenommen. Daneben werden auch weitere Beiträge von Vereinen und Verbänden im nichtamtlichen Teil abgedruckt.

Das Informationsblatt erscheint 14-tägig in einer Auflage von 8.150 Exemplaren und wird an jeden Haushalt im Amtsgebiet zugestellt. Vergütet werden grundsätzlich 32 Seiten pro Ausgabe. Es entstehen – je nach Umfang der Ausgaben (Stichwort: Abrechnung von Mehrseiten) – incl. Vertrieb jährlich mind. 50.000,- € an Kosten. Des Weiteren wird zum Reaktionsschluss hin in nicht unerheblichen Umfang Personal gebunden, deren Kosten im vorgenannten Betrag noch nicht mit eingerechnet sind.

Darüber hinaus hat in der Vergangenheit der Vorlauf des Redaktionstermins bis zur Veröffentlichung bezüglich der Sitzungsterminierung und Erstellung der Einladungen häufig zu Schwierigkeiten geführt.

Auch Veröffentlichungen im nichtamtlichen Teil banden immer Personalressourcen zur inhaltlichen Prüfung der Beiträge.

Auch das Gemeindeprüfungsamt trifft in seinem Entwurf des Prüfberichtes folgende Aussagen hierzu:

...Beim GPA entstand der Eindruck, dass eine Mitarbeiterin nahezu vollständig mit Redaktionsarbeit beschäftigt ist. ...

Die Aufwendungen für die Erstellung dieser Broschüre lagen im Jahr 2013 bei rd. 54.000,- €. Der Personalaufwand ist hier noch nicht berücksichtigt.... Das GPA hält diese Bekanntmachungsform nicht für die wirtschaftlichste. Aus diesem Grund wird angeregt, eine Umstellung auf die Bekanntmachungsform des Aushangs zusammen mit dem Internet vorzunehmen. ... Rechtlich einwandfrei ist die Bekanntmachungsform des Internets unter der Voraussetzung des § 4 Abs. 3 der BekanntVO...

Hinsichtlich öffentlicher Bekanntmachungen nach dem Baugesetzbuch (BauGB; Flächennutzungs- und Bebauungspläne) darf gemäß § 4 a BauGB das Internet nur ergänzend genutzt werden. Hier muss entweder eine Veröffentlichung in der Tageszeitung oder (wie früher) an einer Bekanntmachungstafel erfolgen. Eine Bekanntmachung in der Tageszeitung würde sehr teuer werden, weil z. B. für die 21 Bauleitplanverfahren in 2014 ca. 100 Veröffentlichungen hätten erfolgen müssen. Dies würde die geplanten Einsparungen wieder „auffressen“. Von daher bliebe nur der (rechtssichere) Weg über die Bekanntmachungstafeln. Dies wird beispielsweise unproblematisch im Amt Mitteldithmarschen praktiziert.

Vorsorglich wurden bereits im letzten Jahr fristgerecht die Verträge zum 30.06.2015 gekündigt, um eine Überprüfung der Veröffentlichungspraxis durchzuführen.

Klargestellt werden muss an dieser Stelle, dass lediglich eine Verpflichtung für öffentliche Bekanntmachungen für Amt und Gemeinden besteht. Der wesentlich umfangreiche Part des nichtamtlichen Teils im Informationsblatt ist eine teure Serviceleistung, die das Amt den Vereinen und Verbänden bisher geboten hat. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage des Amtes wird vorgeschlagen, die bisherige Veröffentlichungspraxis aufzugeben und – wie im Beschluss dargelegt – zukünftig zu veröffentlichen.

Durch Umstellung der vorgeschlagenen Veröffentlichungspraxis würden ab 2016

- jährliche Kosten von mindestens 45.000,- € dauerhaft eingespart,
- frei werdende Personalressourcen können anderweitig eingesetzt
- und Sitzungen können viel flexibler und zeitnäher anberaumt werden.

Beschluss:

Öffentliche Bekanntmachungen des Amtes KLG Eider und aller 34 amtsangehörigen Gemeinden sowie sonstige amtliche Informationen werden ab dem 01.07.2015 gemäß § 4 Abs. 1 der Landesverordnung über die örtlichen Bekanntmachung und Verkündung (Bekanntmachungsverordnung – BekanntVO) grundsätzlich ausschließlich über die Internetseite des Amtes KLG Eider erfolgen. Ein entsprechender Hinweis von Veröffentlichungen hat an einer noch zu beschaffenden und am Amtsgebäude in Hennstedt anzubringenden Bekanntmachungstafel zu erfolgen.

Bekanntmachungen gemäß § 4a BauGB (z. B. Flächennutzungspläne und Bebauungspläne) werden durch Aushang an Bekanntmachungstafeln in der jeweiligen Gemeinde sowie zusätzlich über die Internetseite des Amtes KLG Eider erfolgen.

Die Hauptsatzungen des Amtes KLG Eider und der 34 amtsangehörigen Gemeinden sind entsprechend zu ändern.

Als freiwilligen zusätzlichen Service werden die an der Bekanntmachungstafel am Amtsgebäude in Hennstedt ausgehängten Informationen auch in den Bürgerbüros in Lunden und Tellingstedt ausgelegt.

Auf Wunsch können den jeweiligen Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern zusätzliche Aushangexemplare zur weiteren örtlichen Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Entsprechende Kopierkosten werden dann berechnet.

Stimmenverhältnis:

21 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Die Amtsausschussmitglieder Klaus-Dieter Holm und Dieter Grimm verlassen um 21.15 Uhr die Sitzung.

TOP 5. Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit mittelfristiger Finanzplanung für die Finanzplanjahre 2014 bis 2018

Haushaltssatzung des Amtes Kirchspielslandgemeinden Eider für das Haushaltsjahr 2015

Aufgrund des § 18 der Amtsordnung und der §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Amtsausschusses vom 26.03.2015 ~~und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde~~ folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 wird

1. im Ergebnisplan mit

| | |
|--|---------------|
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 7.209.200 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 6.889.400 EUR |
| einem Jahresüberschuss/ Jahresfehl betrag von | 319.800 EUR |

2. im Finanzplan mit

| | |
|--|---------------|
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 6.750.000 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 7.091.800 EUR |
| | |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 4.333.300 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 4.247.500 EUR |

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

| | |
|---|----------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf | 835.000 EUR *) |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 1.000.000 EUR |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 67,99 Stellen. |

§ 3

Die Umlagegrundsätze für die Amtsumlage werden wie folgt festgesetzt:

| | |
|--|------|
| a) von den Steuerkraftzahlen | |
| 1. der Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (A) | 33 % |
| 2. der Grundsteuer für Grundstücke (B) | 33 % |
| 3. der Gewerbesteuer | 33 % |
| b) vom Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | 33 % |
| c) vom Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 33 % |
| d) vom Anteil am Sonderausgleich | 33 % |
| e) von den Schlüsselzuweisungen | 33 % |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Amtsvorsteher seine Zustimmung nach § 18 der Amtsordnung in Verbindung mit § 95 d Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 2.500 EUR.

§ 5

Im Teilfinanzplan (§ 4 Abs. 5 GemHVO-Doppik) sind als Einzelmaßnahme Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme mindestens 20.000 EUR beträgt.

*) Bereits mit der Nachtragshaushaltssatzung 2014 wurde eine Kreditermächtigung über 4.612.700 € erteilt.

Nach Aktualisierung der Baukosten um
+ 300.000 € für das Amtsgebäude
+ 100.000 € für die Schule Lunden und neu eingeplanter Maßnahmen
+ 65.000 € für Fassadensanierung Schule Tellingstedt
+ 370.000 € für Brandschutzmaßnahmen Schule Hennstedt
beträgt der Kreditrahmen nunmehr 5.447.700 € - wovon 835.000 € neu zu ermächtigen sind.

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2015, bestehend aus dem Ergebnisplan, dem Finanzplan, den Teilplänen und dem Stellenplan sowie der Vorbericht und die Anlagen werden beschlossen.
3. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung lt. Haushaltsplan werden beschlossen.

Stimmenverhältnis:

32 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen.

TOP 6. Erteilung der Ermächtigung des Amtsvorstehers zur Auftragserteilung an die wirtschaftlichen Bieter gemäß Ausschreibungsergebnis für die Erweiterung des Amtsgebäudes in Hennstedt

Die öffentliche Ausschreibung wird im Informationsblatt des Amtes KLG Eider, auf der Internetseite des Amtes KLG Eider und in der Dithmarschern Landeszeitung veröffentlicht.

Als Submissionstermin ist der 16.04.2015 festgelegt.

Um schnellstmöglich mit den Bauarbeiten beginnen zu können, ist eine umgehende Auftragserteilung geboten. Dies erscheint auch geboten, wenn eine Bezugsfertigkeit zum 31.12.2015 noch realisiert werden soll. Die Auftragserteilungen dürften erst nach Beschlussfassung durch den Amtsausschuss erfolgen. Frühestens könnte eine Sitzung ab der 17. Kalenderwoche anberaumt werden. Bedingt durch die Osterferien ist nicht damit zu rechnen, dass weitere Tagesordnungspunkte zu verhandeln wären. Insofern würde der Amtsausschuss nur wegen dieser Beschlussfassungen einberufen werden müssen. Dies stellt einen erheblichen vermeidbaren Verwaltungsaufwand dar.

Insofern wird vorgeschlagen, dem Amtsvorsteher nach Prüfung der Submissionsergebnisse durch den verantwortlichen Architekten und den Fachplanern zu ermächtigen, die Aufträge an die jeweils wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben und auf der kommenden Sitzung des Amtsausschusses hierüber zu berichten und die Genehmigung einzuholen.

Beschluss:

Dem Amtsvorsteher wird die Ermächtigung erteilt Aufträge an den jeweils wirtschaftlichsten Bieter für den Erweiterungsbau am Amtsgebäude in Hennstedt zu erteilen.

In der kommenden Sitzung des Amtsausschusses hat er die Ausschreibungsergebnisse bekannt zu machen und sich die Auftragserteilungen genehmigen zu lassen.

Stimmenverhältnis:

35 Ja-Stimmen.

TOP 7. Eingaben und Anfragen

Birgit Meier fragt an, wie viele Asylbewerber es im Amtsbezirk gibt. Es werden zurzeit 120 Asylbewerber durch die Verwaltung betreut. Wie sich die Zahl auf die einzelnen Gemeinden aufteilt, konnte nicht genau beziffert werden. Die Zahlen werden seitens der Verwaltung nachgeliefert.

Ursula Rink fragt an, ob die noch neu zu beschaffenden Bekanntmachungstafeln bzw. Kästen über eine Sammelbestellung beschafft werden können.

Dieter Noroschadt bitte den Haupt- und Finanzausschussvorsitzenden darum, das Thema Touristinfo Krempel und Aufteilung der Zeitanteile der dortigen Beschäftigten in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu thematisieren.

Hans Peter Witt fragt an, ob die angedachte Kooperation mit dem Kreis und der Stadt Heide denn zu Kosteneinsparungen führen wird. Der LVB sagt dazu, dass dies Ziel

einer solchen Kooperation ist. Außerdem gibt Herr Witt Informationen zur aktuellen Situation der Kameradschaftskassen der Feuerwehren. Diese Kassen dürfen nicht mehr eigenständig durch die Wehren geführt werden. Sie müssen als Sonderkassen bei den Gemeinden geführt werden.

Außerdem ist der Chef der Dithmarscher Brauerei in Marne an Herrn Witt herangetreten und hat angefragt, ob seitens des Amtsausschusses Interesse besteht, die Brauerei einmal besichtigen zu wollen. Dies wird seitens der Amtsausschussmitglieder positiv aufgenommen. Die Angelegenheit soll weiter verfolgt werden.

Tjark Schütt spricht Jörg Patt an und berichtet, dass der Notarzt und der Rettungswagen einen Unglücksort in St. Annen nicht finden konnten, da die Straßen auf den Karten und im Kataster unterschiedlich benannt sind. Und dieses ist kein Einzelfall. Herr Patt, antwortet darauf, dass das Problem mit der Leitstelle in Elmshorn besprochen und gelöst werden müsste. Er sagt Herrn Schütt aber Unterstützung bei der Lösung des Problems zu.

Helmut Meyer
Vorsitzender

Jens Kracht
Protokollführer